

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Der „Politische Wegweiser“ erscheint wöchentlich samstags zu jedem Monatsanfang. Preis pro Quartal: 75 Schilling monatlich postfrei. Abbestellungen nehmen alle Postämter, Verleger und bei Verlag Halle (Saale), Dr. Weinhausstr. 30, entgegen.

Verleger: Dr. Otto von Bismarck. Druck: Dr. Otto von Bismarck. Halle (Saale), Dr. Weinhausstr. 30.

Streis, höhere Gewalt und Verleumdung enthalten den Verlag von der Haftung für Verbreitung und Entschädigung. Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Dr. Weinhausstr. 30. Schriftleitung: Halle (Saale), Dr. Weinhausstr. 30. Fernsprecher Nr. 1277

Nummer 40

Halle, 6. Oktober 1928

4. Jahrgang

Beginn der Winterarbeit

Die außenpolitischen Probleme werden, wenigstens soweit es sich um das Reich handelt, in der nächsten Zeit voraussichtlich etwas in den Hintergrund treten. Die Ardenen rufen gewiß nicht, aber sie werden sich in der Stille vollziehen, wie es immer der Fall ist, wenn schwierige Verhandlungen mit fremden Staaten einleiten. Dann muß eine gewisse Geheimhaltung geübt werden, weil jedes vorzeitig ausgesprochene Wort sehr leicht die fremde Presse mobil macht und damit Einflüsse wachgerufen werden, die einem ungehörigen Verlauf nicht günstig sind. Man mag gegen Geheimpolitik sagen, was man will, im Vorstadium wird sie immer notwendig bleiben. Wie es im geschäftlichen Leben schließlich auch der Fall ist. Was man mit Recht fordern kann und soll, ist lediglich, daß die Ergebnisse nicht verheimlicht in den Altentkämmlern aufbewahrt, sondern der Kritik unterbreitet werden. Vorkommnisse, wie sie eben in Paris und London zu scharfer Kritik Anlaß gegeben haben, dürfen natürlich nicht zur Regel werden. Die Reichsregierung hat insofern ihre Stellung geklärt, und das ist bei den Verhandlungen von nicht zu überschätzendem Vorteil, als die Konferenz der Ministerpräsidenten und Staatspräsidenten der Länder ihrer Haltung in Genf unbedingte Anerkennung gezollt hat. Selbst Dr. Held von Bayern hat Worte des Lobes für den sozialdemokratischen Reichsfanzler gefunden, die man umso höher veranschlagen darf, als man an der Jar damit sprach umgeht und selbst Dr. Stresemann sich gleichen Erfolg nicht rühmen darf. Auch die Parteien haben ziemlich geschloffen hinter dem Kabinet. Allerdings nicht die Kommunisten, die ja gegen jede weltliche Orientierung Sturm laufen und nicht die Deutschnationalen, die augenblicklich der nachschießlich verhängten Auffassung sind, man dürfe mit Angriffen auf Lenin und Genf die Bolschewisten zum Kochen bringen. So werden sie jetzt der Welt mehr den innernationalen Angelegenheiten zu, die eine immer größere Bedeutung gewinnen.

Die preußischen Verhandlungen

Die erste Besprechung zwischen dem Reichsministerstaatsminister Dr. Curtius und dem Preussischen Ministerpräsidenten Brauns hat nimmer stattgefunden. Curtius ging offenbar im Auftrag seines Freundes Stresemann zu dem Leiter der preussischen Gesandtschaft, die schon im Juni erstarb, sie konnte sich im Reich erst dann an die Große Koalition binden, wenn auch in den größten Lande die Freisprechung in gleicher Richtung getroffen worden wäre. Die Antwort Brauns ist ausweichend gewesen. Er hat erklärt, vor sich aus könne er keine Schritte unternehmen, sondern müsse den Parteien die Initiative überlassen. Aber die ernsthafte Erwartung darf man nicht haben. Die Sozialdemokratie vertritt keine besondere Meinung, ihre Vorkommnisse einengen zu lassen. Dabei wird sie indirekt durch das Zentrum unterstützt, das, wie erst kürzlich ein Artikel der „Germania“ ausführlich, seine kulturpolitischen Ziele mit aller Energie verfolgt und offenbar glaubt, sie leichter durchsetzen zu können, wenn es allein mit den Sozialdemokraten und den Demokraten zu tun hat, als wenn noch eine dritte Gegnerin des Kontorats an entscheidender Stelle wirken kann. Trotzdem muß der äußere Druck ausgeübt werden, um die Große Koalition zustande zu bringen. Weniger Preussens wegen, das ja bisher sich einer selteneren Steigkeit in der Führung seiner Geschäfte erfreute, als um im Reich Ordnung zu schaffen. Dort geht es einfach auf anderer Grundlage nicht. Das zeigen schon die Wehrheitsverhältnisse, jedoch darf man bei allen Berechnungen nicht vergessen, daß dieser Winter uns vor die schwierigsten Aufgaben stellt. Wenn man aber noch Zweifel hegt, ob die Wehrheitsbildung unbedingt erforderlich ist, so wird man durch einen Blick auf die Presse der Nation belehrt. Wir meinen damit nicht einmal die deutschnationalen Blätter, sondern jene Feindungen, die eine Züchtung einnehmen, wie die Berliner Vorkommnisse oder die Deutsche Allgemeine Zeitung. Sie sind Gegenrücken der Großen Koalition und verheßen ernste Befürchtungen nicht. Schon das muß ein Warnpost sein, das Reichsfanzler so fest zu sagen, daß es allen Möglichkeiten entgegen ist.

Der Stahlhelm

Jahre hindurch hat die Organisation sich dem Parteigetriebe ferngehalten und gerade dadurch einen Einfluß ausgeübt, der in seinem Verhältnis zu der Zahl der Mitglieder stand. Vor der Zeit war man härter, als im Zimmer selbst. Diese Erfahrung bestätigt sich wieder. Der Sturm konnte manches erreichen, weil er über alle Parteien der Wechten verweht ging. Unter der Einwirkung Jugenbergs ist er zu einer Aktivität übergegangen, die vorausichtlich nur ihm selbst schadet. Er ist auf dem besten Wege, selbst Partei zu werden und zwar zu einer Partei der äußersten Rechten. Es war bescheiden genug, daß auf einer großen Berliner Kundgebung ganz offen ausgesprochen

wurde, man werde auch die Kaiserstandarte wieder entfallen. Von unserem Standpunkt ist das nur zu begrüßen, weil es die Spaltung in der deutschnationalen Partei erweitert. Jugenberg und seine Freunde, die Bang, Freitag, Borringhousen, Göt, Leopold etc. werden natürlich darin einen Fortschritt sehen. Beim Grafen Westarp erscheint das schon zweifelsfrei. Männer aber wie Böhsch, Trevisanus, Lindner, ganz zu schweigen von Lambach und seinem Anhang, dürfen die Begreifung nicht teilen. Die Angehörigen der Verbände und Gewerkschaften sind ja schon jetzt auf den Plan getreten, um vor diesem Unterfangen zu warnen, das behauptet mit Sicherheit zur Zerstückelung der Partei führen muß. Doch das ist eine Angelegenheit, die drüben entschieden werden soll, und deren Ausgang wir mit Ruhe abwarten. Viel wichtiger für uns ist die Tatsache, daß dieses Verhalten bereits zu einer Klärung in der Deutschen Volkspartei geführt hat. Der Abgang des Stahlhelms in Fühnenabge gegen die Republik hat zunächst die Volksparteiorganisation für Frankfurt/Ober-Engenmark zu einem lehrhaften Beispiel veranlaßt und zu der Förderung einer Trennungsbewegung zu zehren. Er ist inzwischen erfolgt. Die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei, die diesem Bunde an gehören, haben einmütig den Austritt beschlossen. Sowohl im Reich wie in Preußen. Auch Herr Dr. Scholz hat auf seine Würde verzichtet müssen. Es ist immerhin bemerkenswert, daß dieser Schritt erfolgen mußte wegen Angriffe auf die Republik. Dr. Stresemann wird in Baden-Baden sich gewiß eines Abwehns nicht haben erschrecken können. Er hat in seiner Abwesenheit einen Sieg erfochten. Der Kampf in den eigenen Reihen ist damit natürlich nicht zu Ende und es fehlt nicht an Bemerkungen, Herrn Dr. Scholz zum feststehenden Vorsitzenden der Partei zu machen. Aber wir nehmen an, daß Stresemann und Curtius die Bedeutung dieser Forderung erkennen und dementsprechend handeln.

Die Kaiserfrage

Nur die „Kreuzzeitung“ hat die Aeußerungen der Stahlhelmorganisation für die Wiedererrichtung der Monarchie abgedruckt, alle übrigen deutschnationalen Blätter lassen sie unter den Tisch fallen. Sogar die Organe des Herrn Jugenberg. Die Redaktionen scheinen in der Welt der Tatsachen besser belehrt zu sein als der Berleger. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß nicht nachträglich noch Wandel geschaffen wird und schließlich auch ein Teil der deutschnationalen Presse in kurzem einwirkt. Sie zeigt aber jedenfalls, daß sie von der Auflösung dieser Frage nicht viel läßt. Und das mit Recht. Im Berliner Tageblatt fanden sich Aeußerungen über den Kern dieser Bestrebungen. Danach hat man auf eine Fünftigkeit, gemeint ist die Kronprinzessin Cecilie, in der letzten Zeit eingewirkt, um sie zur Aufgabe ihrer Wünsche zu bewegen. Ihre Hoffnungen, selbst Kaiserin zu werden, scheint man ihr zerpfückt zu haben. Nur zur Kaiserinmutter reicht es noch. Wenigstens nach Annahme der Monarchie. Das eine solche Tatzeit gegen das legitime Prinzip verstoßt, führt diese Kreise wenig. Wenn man schon an ein Gottesgnadentum glaubt, dann nicht mit Ausnahme. Ein Legitimist ist verpflichtet, jeden Herrscher anzuerkennen. Mäßen darf er nicht. Auch ein Geistesranter ist zum mindesten Majestät, wie Otto von Bayern oder der letzte Fürst von Meuß Durchlaucht war. Das man über solche Kleinigkeiten, ist auch bezeichnend. In Bayern will man zwar einen König wieder haben, allerdings durchaus nicht mehr allgemein, im Gegenteil die Begreifung hat stark abgenommen, aber für die Gedanken eines protestantischen Kartellismus erndart man sich dort bestimmt nicht. Doch das kann man den Monarchisten als Zeitverweil überlassen. Wir nehmen die Frage nicht so ernst, um uns anderer Leute Köpfe zu zerbrechen.

Der Thronerbe

Die Wäde der ausgesprochenen Monarchisten richten sich auf den ältesten Kronprinzensohn. Menschlich ist das begreiflich, denn für die Herzen des Vaters legt sich niemand mehr ein. Wir nehmen sogar zu seinen Gunsten an, daß er nicht die mindere Meinung vertritt, der Nachfolger Wilhelm II. zu werden. Es sind fester Überlegung aber, um sich in seinem Privatleben nicht führen zu lassen, ist dabei gleichgültig. Der Prinz ist ein unbefriedigtes Blatt. Der Vorwurf, der darin liegt, ist nicht zu verkennen. Es läßt sich gegen ihn nicht viel sagen. Je weniger man von einem Thronanwärter weiß, desto besser. Monarchen verlieren bekanntlich in der Höhe. Das hat schon der treue Diener seines Vaters, Otto von Bismarck, in seinen Gedanken und Erinnerungen mit zügender Deutlichkeit ausgesprochen. Hier könnte hat er nach gelesen, womit er durchaus nicht meint, daß sie im zeitigen Abendschein schöner gesehen wären. Er hat sie uns auch einseitig geschildert. Was er über Wilhelm II. im dritten Bande sagt, stellt das ver-

nichteste Urteil dar, das jemals gefällt wurde und hätte vor der Revolution wegen Majestätsbeleidigung einige Jahre Gefängnis eingebracht. Die beiden Vorgänger schonte er, um sie gegen den Nachfolger auszuspielen. Aber in seinen Gesprächen und Briefen ist er dafür umso deutlicher geworden. Zu Lucius von Wallhausen meinte er, Wilhelm I. lässe sich für alle Verdienste feiern, die gegen seinen Willen erworben wurden und seine Bedenklichkeit reiche nur noch für Generale, sonst sei sie bedenklich. Von Friedrich III. sprach er mindestens so abfällig. Zur Kronprinzessin Victoria aber sagte er ganz offen, es werde einmal in Deutschland an Monarchen fehlen. Dann käme eben die Republik. Es ist schade, daß für Monarchen noch kein Befähigungsbeweis eingeführt ist, wie für fast alle anderen Berufe. Die Republik hat ja gerade den Vorteil, daß sie diesen Befähigungsnachweis stillschweigend verlangt. Sie kann nur Männer an die Spitze bringen, die etwas geleistet haben. Wichtige Geburt allein genügt nicht.

Zehn Jahre

In diesen Oktobertagen begeht das deutsche Volk ein Jubiläum sonderbarer Art. Kein erfreuliches, wohl aber eines, das unter allen Umständen begehrt werden muß, um der Geschichte dieser großen Reformzeit nicht inrecht zu tun. Am 8. August war der militärische Zusammenbruch erfolgt, der auch noch Anlaß der Generalität selbst endgültig war. Es kam nur noch darauf an, rechtzeitig Frieden zu schließen. Ludendorff verlegte. Zum sechsten die Zivilcourage. Den Mut, zu Friedensverhandlungen zu drängen, brachte er nicht auf, weil damit das Eingeständnis seiner Niederlage verbunden war. Erst am 1. Oktober stellte er die Forderung, um zugleich zu erklären, daß jeder Widerstand hoffnungslos sei und nur die Lage permissiv werden könne. Vergebens sträubte sich Prinz Max gegen diese Zumutung, die er mit Recht als verhängnisvoll ansah, weil jede Überstürzung die Bedingungen verschärfen mußte. Als er keine Gegenründe für ausföchtlos ansah, opferte er sich selbst. Er wurde unter dieser Bedingung Kanzler, weil er glaubte, seine internationalen Beziehungen wenigstens ausbäuen zu können. Ein Trugschluß, der ihn ehre. Am 3. Oktober erging das Waffenstillstandsangebot und gleichzeitig wurde das erste parlamentarische Kabinet gebildet. Hausmann, Erdber, Scheidemann, Erzberger traten in die Regierung ein. Was man bis dahin begehrt verlangt hatte, war zu spät erfüllt worden. Die Revolution ließ sich nicht mehr aufhalten. Monarchie und Militarismus hatten zu gründlich abgewirtschaftet. Das deutsche Volk übernahm selbst die Liquidation einer unmöglichen Erbschaft. zehn Jahre ist es darin tätig, nicht ohne Erfolg. Beispielsweise von jenen, die die Schuld an der Katastrophe tragen, wird es auch weiter seinen Weg aufwärts gehen. Richard May.

Abgabe an die Deutschnationalen

Kein Platz mehr für christliche Gewerkschaften.

Das Organ der Christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche“ behauptet, daß die Aktion des Stahlhelms von Jugenberg und seine Leute inszeniert ist. Das Blatt nennt in diesem Zusammenhang als Namen der „Sauptatzeure“ Kandidatentum Mann und Freiherren von Weben. Nachdem Jugenberg im Falle Lambach unterlegen sei, wolle er die Deutschnationale Partei unter die Ägide des Stahlhelms bringen. Diese zweite Aktion Jugenbergs sei weitgehender und gefährlicher als der Vorstoß gegen Lambach. Das Gewerkschaftsorgan fragt die Deutschnationalen, ob man bei ihnen überlegen, daß man den Fügung im Lambach, den man eben noch der Partei glaubte erhalten zu müssen, jetzt abzulassen im Begriff sei. In diesem Zusammenhang wird die folgende Erklärung des Stahlhelms mitgeteilt:

„Der Stahlhelm bekennt sich zu der Überzeugung, daß in den von ihm angeführten nationalen Genußsünden die Solidität der Berufsleistungen und des Berufsstandes die grundmäßig richtige Lösung der sozialen Frage darstellt. Nach Lage der Verhältnisse kann die Berufsbewegung, die Stahlhelm-Selbsthilfe oder eine nationale Gewerkschaft das taugliche Kampfmittel für unsere Kameraden sein, um die deutsche Freiheitsbewegung durchzuführen auf dem entscheidend wichtigsten Gebiet der sozialen Frage zu fördern.“

Dazu bemerkt „Der Deutsche“ abschließend: „Sollte die Deutschnationale Partei diese Politik des Oberfinanzrats Bang übernehmen, dann ist in ihr kein Platz mehr für christlich-nationale Arbeitergruppen! Zudem stellen wir fest, daß der Stahlhelm mit dieser Entschloffenheit, die „neutrale“ Haltung den Gewerkschaften gegenüber aufgeben hat. Die Schlußfolgerungen ergeben sich von selbst. Weiteres wird zu sagen nicht, wenn der Stahlhelm mit seinem Volksbegehren herauskommt und die Deutschnationale Partei ihre Haltung dazu festgelegt hat.“

Die Wirtschaftspartei in der Regierung

Ein lehrreiches Beispiel

Die Beachtung, die die Wirtschaftspartei in manden mittelländischen Kreisen genossen, rührt, abgesehen von ihrer unbedeutenden Majorität, daher, daß die Partei es versteht, für alle unangenehmen Dinge, die diesen oder jenen Wähler verschmerzen könnten, die Verantwortung zu übernehmen. So oft im vorigen Reichstag ein Budgetentwurf vorgebracht war, konnte 1923 wie 1927, hat die Wirtschaftspartei es abgelehnt, als offizielle Koalitionspartei zu gelten; wenn sie auch alle Stimmen dieser Reichstagsregierungen mitmachte, glaubte sie sich doch später darauf berufen zu können, daß sie ihnen gar nicht angehöre. So suchte die Wirtschaftspartei nach Möglichkeit jede Kritik ihrer parlamentarischen Tätigkeit zu unterbinden.

Aber es ist doch einmal die Gelegenheit gekommen, Männer der Wirtschaftspartei an einer verantwortlichen Stelle wirken zu sehen, und was man da gesehen hat, ist für die Partei nicht sehr ehrenhaft. Diese praktische politische Prüfung haben die Mittelständler im freilichtlichen Sachverhalt müssen, wo bei den Wahlen von 1926 infolge der Parteienverflechtung die praktischen Verhältnisse sich herart gelagert, das eine Regierungsbildung nur unter Einwirkung der Sozialdemokraten, der Wirtschaftspartei und der Zentrumspartei, möglich war. Die Wirtschaftspartei erhielt zunächst sogar zwei Vizepräsidenten, dasjenige des Wirtschaftsministeriums und das des Finanzministeriums. Bei einer Umänderung des Kabinetts mußte der erstere verzichten, aber als Finanzminister fungiert nunmehr schon beinahe zwei Jahre ein Mittelständler namens Weber, früher Syndikus in der sächsischen Handelsorganisation. Was aber hat dieser Minister Weber geleistet? Hat er die sächsischen Steuern und Finanzen im Sinne des Programms der Wirtschaftspartei umgestaltet? Keine Spur! Von allen Vorforderungen, mit denen er sein Amt antrat, hat er gar nichts erfüllt, und kein Gewerbetreibender in Sachsen merkt etwas davon, daß der Chef des so wichtigen Finanzministeriums ein Führer der Mittelstandspartei ist. Nicht einmal die Hausbesitzer! Obwohl in Preußen und anderswo die Wirtschaftspartei den größten Teil ihrer Agitation mit Scheitern bei der Mittelsteuer und die hohen Grund- und Gewerbesteuer befreit, ist seit Jahr und Tag die Hauszinssteuer in Sachsen mit der höchste von allen deutschen Ländern. Und was die Hauszinssteuer sonst in Sachsen unter ihrem Finanzminister Weber auszuüben haben, das erkennt man aus einem Flugblatt, das der Verband der Hausbesitzer-Vereine Leipzig im September 1927 hat verteilen lassen. Es wird darin erklärt, daß die Hausbesitzer von den Mieterorganisationen im April und Oktober abjourné seinen Nutzen gehabt hätten, vielmehr seien diese Erhöhungen den Hauswirten im Gefühl erhöhter staatlicher Grundsteuer und anderer Gebühren verlor bis zum letzten Pfennig, oftmals aber auch mit dem doppelten und dreifachen Betrag, aus der Tasche geholt worden. Der Vater Staat habe in gleicher Weise Mieter und Vermieter, „durch Steuerüberlastung ausgezehrt bis auf das Gebiß“.

Wenn in die Hausbesitzer eine derartige Kritik an dem wirtschaftsparteilichen Finanzminister über, so haben auch andere Mittelstandsleute mit ihm die Erfahrungen machen müssen. Besonders die sächsischen Schlächter sind überaus entrüstet über das Spiel, das der Minister mit ihnen treibt. Der freilichtliche Sachverhalt gebietet zu den wertigen deutschen Wählern, in denen es noch eine Schlächterpartei gibt. Seit vielen Jahren kämpfen die dortigen Schlächter für die Aufhebung dieser Steuer, die sie so stark belastet, daß beispielsweise die Weiziger Fleischgerinnung vor einiger Zeit beschließen hat, zum Protest gegen die unerträglich hohen

Sätze der Schlächtersteuer und der Schlächterversicherung in Sachsen ihre Schlächterläufigkeit nicht mehr in Leipzig, sondern in nahen preussischen Grenzschlachthäusern vorzunehmen. Als nun Finanzminister Weber in das Amt trat, wurde er selbstverständlich von den Schlächtern um Aufhebung der Schlächtersteuer ersucht. Weber dachte aber nicht daran, diese Bitte, die er selbst auf das schärfste unterstützt hatte, zu bewilligen. Dagegen betrieblie er immer wieder auf die Zukunft. Und bei seiner Entlassung zum Jahr 1928 gab er die Versicherung ab, daß er jetzt beabsichtigt sei, die Steuer aufzuheben; er fügte aber gleich vorichtig hinzu, vor der Hand sei bei der sächsischen Finanzlage Sachverhalt daran nicht zu denken. Die Schlächter, die Anfangs ihrem Minister noch trauten, teilten ihm schließlich damit, daß die Steuer nun wenigstens für 1929 werden aufgehoben werden. Als aber keine Anhaltspunkte getroffen wurden, da sich ihnen endlich die Geduld und die „fleischer-Verbandsleitung“ machte dem Finanzminister heftige Vorwürfe deswegen, daß er bei den beschriebenen Beratungen über den Haushaltsplan nicht einmal den Versuch einer Aufhebung der Schlächtersteuer gemacht habe. Entwürfe für die Abschaffung der Schlächtersteuer, die er in der sächsischen Finanzverwaltung in einer Frage, in der er sich, als er noch Syndikus des Landesausbaus des sächsischen Handels war, stets rüchlos auf die Seite des fleischer-gewerbetreibenden gestellt hat, große Enttäuschung und Enttäuschung hervorgerufen hat. Die Ausgabe der „Deutschen Mittelstandszeitung“, die die Position Webers in der sächsischen Regierung zu scharf sei und er bei seinen Kollegen aus den anderen Parteien für seine Pläne keine Mehrheit finde, ist ganz unhaltbar. Denn Weber hat im Kabinett noch niemals ernstlich die Aufhebung der Schlächtersteuer betrieben, da er sie zur Balancierung des Etats braucht. Darum können die Schlächter noch lange warten; selbst ein Ministerium aus lauter Wirtschaftsparteilern würde ihnen nichts nützen.

Es war nötig, diese Dinge etwas breiter zu behandeln, da die Wirtschaftspartei in Sachsen, wenn sie wirklich wollte, bei ihrer Stellung als Mitglied an der Spitze sehr wohl die Finanzgebarung dieses freilichtlichen entscheidend beeinflussen könnte. Sie tut es aber nicht und muß sich nunmehr mit Recht den Vorwurf bedeutender Demagogie gefallen lassen. Daß die Enttäuschung der Wähler auf die Stimmenzahl der sächsischen Wirtschaftsparteiler bei nächster Gelegenheit seine Milderung ausüben möchte, war von vornherein klar. Die Wahlsituation belagert das auch sehr deutlich. In Sachsen waren bei den Landtagswahlen 1926 für die Wirtschaftspartei 237 626 Stimmen abgegeben worden, anderthalb Jahre später bei der Reichstagswahl 1928 waren es nur noch 232 052. Böhmeger trat hier dieser Rückgang ein, obwohl die Wirtschaftspartei im ganzen (namentlich mit Hilfe von Sozialdemokraten, die sie bisher nicht oder nur wenig beachtet hatte) bei der Reichstagswahl 1928 fast doppelt soviel Stimmen aufgebracht hat als bei den Wahlen 1924, nämlich 1 391 gegen 0 709 Millionen Stimmen. Aber von der Wirtschaftspartei kann man tatsächlich nicht sagen, daß sie bei näherer Bekanntschaft gewinnt. Das gerade Gegenteil ist der Fall; fast überall dort im Deutschen Reich, wo sie schon längere Zeit besteht, läßt sich sogar bei der ihr sonst so günstigen letzten Reichstagswahl ein Rückgang ihres Wahlbestandes feststellen. Man vergleiche nur folgende Wahlergebnisse der Wirtschaftspartei: Hamburg, Bürgerstimmwahl von 1927: 27 200; Bürgerstimmwahlen vom Februar 1928: 20 100; Reichstagswahl vom Mai 1928: 16 400 Stimmen. Westenburg-Schwerin, Landtags-

wahl 1927: 33 200; Reichstagswahl 1928: 27 200 Stimmen. Dittmarschen, Reichstagswahl 1924: 23 586; Reichstagswahl 1928: 20 400 Stimmen. Stadt Berlin, Reichstagswahl 1924: 78 200; Reichstagswahl 1928: 65 800 Stimmen. Potsdam 2 (das sind die wichtigsten Bezirke und die sächsische Nachbargemeinde Berlin), Reichstagswahl 1924: 31 762; Reichstagswahl 1928: 31 491 Stimmen. Thüringen, Landtagswahl 1927: 75 700; Reichstagswahl 1928: 63 500 Stimmen.

In den oben genannten Bezirken haben es die Wähler bereits erkannt und in den anderen Bezirken werden sie fraglos in nächster Zeit, wenn die Mittelständler in den Parlamenten erst weitere Proben ihres eigenartigen Könnens abgelegt haben, gleichfalls zu dem Erkenntnis gelangen, daß die Wirtschaftspartei sich am allerwenigsten dazu eignet, die wahren Interessen des Mittelstandes zu vertreten, daß sie im Gegenteil durch ihre verkehrte Politik ihnen schweren Schaden zufügt, und daß der Mittelstand, Handwert wie Einzelhandl, gleich den übrigen Ständen am besten bei den Parteien aufgehoben ist, die wie die Deutsche Demokratische Partei die Rücksicht auf das Gesamtwohl voranzustellen, in diesem Rahmen auf jedem Beruf und Stande das in vollstem Maße zumutlichen, was ihm nach Recht und Billigkeit gebührt. Mit erstreuerlicher Unzweifelhaftigkeit nimmt diesen Standpunkt auch der Reichsverband des Deutschen Handwerks, die offizielle Vertretung sämtlicher Handwerksorganisationen Deutschlands, ein. Er hat nicht vor den letzten Reichstagswahlen in einer Reihe noch nicht genügend beachteten Kundgebungen wörtlich erklärt: „Grundsätzlich nehmen die Spitzenverbände des Handwerks aus gegenüber den Plänen zur Gründung besonderer Handwerkerparteien eine ablehnende Stellung ein. . . . Die Schlächterverbände des Handwerks mit den anderen Berufsständen verbietet eine lässenmäßige Bindung innerhalb einer besonderen Partei. Sollten tatsächlich neue Parteien auf berufständiger Grundlage einige Vertreter in die Parlamente entsenden, so wird deren Tätigkeit unfruchtbar bleiben, da sie niemals einen ausgleichenden Einfluß erzielen können und ihr parteimäßiger Aufbau auf einer Verneinung des Wesens des völkisch-parlamentarischen Systems beruht. Die Spitzenverbände des Handwerks halten daher an dem Jenaer Beschluß des vom Jahre 1920 her, die einträglich vor Verufen zur Bildung einer selbständigen politischen Handwerkerpartei warnen. Will das Handwerk eine bessere Berücksichtigung seiner Interessen erzielen, so wird das nur möglich sein durch Zutritt zu den bestehenden Parteien, die sich Schutz und Förderung des Handwerks zu eigen machen.“

Wiedersehen mit den 22 Dynastien?

Die Hohenzollern-Propaganda des preussischen Staates hat die bayerische Kontinuität auf den Namen gezogen. Die Zeitschrift „Der bayerische Staat“ erklärt: „Wie schon der Landesführer in seiner Würzburger Rede es ausgesprochen hat, kämpfen wir für ein starkes Bayern als mächtiges Glied eines starken Deutschen Reiches, wie es Bismarck gewollt hat. Wenn dann bereit ist die Deutsche Kaiserkrone wieder über diesem Reich zu stehen, dann so ist es unser Ziel und Will: — toll aus unter angestammtes Fürstentum wieder in Bayern regieren, zum Segen des Landes und zum Segen des Reiches.“

Das Organ des „Jungdeutschen Ordens“ knüpft an diese Erklärung die Frage an, ob auch die anderen Landesverbände des Reiches auf die Wiederherstellung der Fürstentümer in Sachsen, Hessen, Anhalt usw. denken. Wenn man sich zum Gedankens des Legitimitäts bekennt, müssen folgerichtig ja selbst die Erbprinzen in den kleineren ständlichen Fürstentümern wieder aufgeführt werden.

Wege zu Klemens Brentano

Es hat Zeiten gegeben, da Klemens Brentano aus der Deutschen Literaturgeschichte so gut wie verschwunden war. Während Gellert, Fouqué, Körner immer wieder in den Klassikerbibliotheken erschienen, fehlte darin der große Dichter und Erzähler der Romantik. Ja, in die „Galerie der Unsterblichen“, in Reclams Universalbibliothek, war bis in unsere Tage, abgesehen von Armin Brentanos klassischer Volksliederammlung „Des Raben Wunderhorn“, nur die „Geschichte vom braven Kasperl“ und das Märchen „Godel, Gintel und Gadelele“ aufgenommen. Jetzt endlich ist noch das Bändchen „Der Dillbald und andere Märchen“ hinzugekommen.

Es wird Zeit, daß Klemens Brentano unserem Volke wieder bekannt wird. Viele seiner Werke gehören zum Schönen, was die deutsche Dichtung erziehen hat. Weber sein Leben noch sein Werk nicht einwandfrei, aber durch sein Leben und Schaffen geht unverkennbar der Zug zum Licht, zur Götterkenntnis.

Eine Schöpfung Brentanos ist allen zugänglich: die ruhende Idylle „Geschichte vom braven Kasperl“ und dem schönen „Kasperl“, ein gutes fast schlafendes Kasperl, für das man recht viele andere Erzählungen der Romantik herbeibringen möchte, ein wahres Volkslied in Prosa, für dessen Reiz und Wert besonders unsere Jugend ersehnlich bedürftig ist.

Ball Genuß und Jungfräulein ist auch die unvollendete Geschichte „Chronik eines fahrenden Schülers“. Die ganze Freilichtlichkeit und Romantizität des Mittelalters beschwört der Dichter herauf. Da stehen Worte des „Schülers“ über seine Mutter, die Varenburgerin. Sie, die wie ein ergreifender Freisängling auf die Wälderziegel und wie ein Denkmal für Brentanos eigene Mutter wirken.

Wie schön enthalten Brentanos Märchen. Sie gehören zum Gebiet deutscher Kindersprache. Ein wunderbarer Hauch von Poesie, kindliche Infindung, schalkhafte, oft übermütige Lustigkeit und innige Verankerung in die Natur stellen sie neben die Märchenbilder von Ludwig Richter, Böckl, Schwab. Nur sind sie leider nicht als vollendete Kunstwerke aus des Dichters Hand hervorgegangen. Zu oft hat er das dichterische Wesentliche durch lange Abschweifungen, durch verbanntemäßige Wägen aus zeitgebundene Bezirke so verschüttet, daß erst die Hand

des Bearbeiters den inneren Kern in seiner Schönheit und seinen Werte wieder freilegen muß.

Das gilt von jenen bekanntesten Märchen „Godel, Gintel und Gadelele“, das in verändertes Bekleidung die Kinder von jeher und immer wieder ergreifen hat.

Auch andere Märchen Brentanos sind durch sorgsame Bearbeitung gewissermaßen aufgeräumt. So das „Märchenfräulein“ und das „Märchen vom Schmelzei Klopff und seinen fünf Söhnen“. Das „Märchenfräulein“ gehört zu den schönsten und artesten deutschen Märchen. In der Geschichte vom „Schmelzei Klopff und seinen fünf Söhnen“ ist ein echter Volksmärchenstoff zu einem Kranz von lustigen Märchenabenteuern erweitert worden.

Nun aber erst die „Märchenmärchen“! Wild und traum, wie es nur der jüngste Klemens Brentano vermöge, handelt es da Kindlich, treuerhaft, weihnachtlich von Rot und Blau und Maus, vom Starenberg und der Frau Kuresey, vom Wurmmeister und noch vielen, was er erzieht, erzählt, erlebt hat. Und immer leuchtet in das bunte Treiben ein Glanz vom Rhein, immer klingt das Lied einer Weibchen. Und gar das Rauberloch auf dem Grund des Rheins, dazwischen die verumündeten Kinder schlafen hier hat der Dichter Brentano kritische aus der Welt getilgt und best sie stimmend ins Licht des Tages.

In den Märchenmärchen gibt er uns ein Buch quellenden Lebens, in dem die stark seiner vielen Jahre ungetrohen pulst. Alles Gut aus Märchen, Sage und Lied webt er hinein, so wie es im Volksart, Jagdhunden lebe. Es ist, wie Sarnkeß, der gute Stern rheinischer Dichtung, sagt, „ein wehrwürdiges Gedicht, das hier — neben einer Anzahl Gedichte — höchste dichterische Leistung Brentanos seinen breiteren Widerhall zu werden vermochte, um so mehr, als diese Märchen die edelste Rheinromantik verkörpern, von der aller romantischer Singlang der Nachfolger nur blassester Abglanz ist; um so mehr als die Fabel von der Aurelei, die Brentano erfand, in diesen Märchen im buntesten Weizengarten umgibt; um so mehr, als hier die Romantizität des unerschaffenen rheinischen Dichters in ihrer schwebenden Traumfremdung und trunkenen überjünglichen Heimatliebe sich ausdrücken kann. Diese Rheinlieder, die das Ganze wie eine Reihe Werten durchziehen! Wo wäre Schöneres über den Rhein in Berlin gesagt worden!“

Freilich verliert sich Brentano nirgendwo so wie hier

in der Häufung von mythologischen Rankenwerk. Neuzündung aber hat Laurenz Krüger, selbst ein trefflicher Märchenkünstler, sich mit wirklich liebevoller Sorgfalt dieser langen verschütteten Rheinmärchen angenommen und das überflüssige Rankenwerk beseitigt. Nun erst wird jung und alt im Volke das lang ausgepöbelte „Märchen vom Wälder Rabalau“ — es hat nicht weniger als 15 Kapitel — und das kürzere „Märchen vom Wurmmeister“ mit ungetrübter Freude lesen. Krüger hat sich mit feiner Neugierde der Rheinmärchen, die bei Herder in Freiburg im Breisgau erschienen ist, ein Verdienst um die Märchenliteratur und den Dant aller Märchenfreunde erworben.

Auch in Berlin hat Brentano den Rhein besungen. Er ist sojungen der Vater der Rheinromantik: er hat die Sage von der Aurelei geschaffen und in einer Ballade gestaltet, die höchst ihres singbare „Corele!“ übertrug, aber zu lang ist und darum nicht vollständig. In Brentanos Spiel rüben ungehobene Schätze. Der seltsame Dichter hatte gottgegebene Stunden, da ihm die reinste: Goldelien und höchsten zartesten und himmlischen Klänge ausströmten.

Noch eine Dichtung muß ich nennen: seine „Romanzen vom Hosenkranz“, die von vielen abgelehnt, von anderen hoch geschätzt, ja neben Goethes Faust gefeiert werden. Unweilhaftig sind die „Romanzen“ bedeutsam; zwar nicht in jedem Punkt gefeiert, zumellen Mangel an künstlerischer Tat bezeugend, nicht recht abgerundet und geschloffen, aber sie sprechen erschütternd von christlichen Dingen an Gott in einer Sprache voll von Ernst und Tiefstimm, in manden Zeilen von einer unangenehmen flanglichen Schönheit. Ein Volkspoesie kann diese umfangreiche mythische Dichtung nicht werden; denn es fehlt ihr an Klarheit und Anschaulichkeit.

Man kann von Brentano nicht sprechen, ohne an die unergiebige Volksliederammlung „Des Raben Wunderhorn“ zu denken, die er mit seinem Schwager Armin zusammengetragen hat. Sie ist allerdings, trotz ihres Titels, nicht etwa für Jugendlücke bestimmt.

Klemens Brentano hat unserem Volke welche Schätze hinterlassen. Lange lagen sie kaum beachtet oder gekannt. Nun sind sie von begeisterter Fremden geboten, zum Teil neu gefaßt worden. Wären sie Glanz und Freude in unsere Seime und Herzen tragen!

Kardoff und Verfassungsreform

Verfassungsänderung mit einfacher Mehrheit?

Auf dem Landesparteitag der Deutschen Volkspartei in Hamburg hat sich der vollparteiliche Ausschuss des Reichstages von Kardoff mit den Fragen der deutschen Wahlen und Innenpolitik beschäftigt. Er ist dabei auf die beabsichtigte politische Richtung des Stahlhelms eingegangen und plädierte für ein Zusammenarbeiten aller dieser Vorkommnisse zur Verwirklichung der Verfassungsreform. Der Ausschuss von Kardoff sprach sich dann weiterhin in sehr lebhafter Weise zur Frage der Verfassungsreform aus. Das Hauptziel wird von Kardoff dementsprechend vorläufig nicht ändern, dagegen müsse die Verfassungsreform einleiten mit einer Stärkung des Einflusses des Reichspräsidenten bei der Regierungsbildung. Die Ausschüsse des Reichstages müssten die Untersuchungskommissionen einleiten mit einer Stärkung des Einflusses des Reichspräsidenten bei der Regierungsbildung. Die Ausschüsse des Reichstages müssten die Untersuchungskommissionen einleiten mit einer Stärkung des Einflusses des Reichspräsidenten bei der Regierungsbildung.

„Unser Franz“

Die „Wolfske Zeitung“ schreibt: „Unser Franz“ ist der Fabrikant Franz Selbe in Magdeburg, der nominell an der Spitze des Stahlhelms steht, neuerdings aber von dem Oberleutnant a. D. Duesenberg in den Hintergrund gedrängt worden ist. Der Selbe, der sich als der eigentliche Schöpfer des Magdeburger „Bundes der Frontsoldaten“ rühmt, wird sich wohl wieder durchsetzen. Diese Überwelt schließt man aus seiner Biographie, die unter dem Titel „Unser Franz“ jenseits erschienen ist. Der Verfasser Franz Koch will „das viel verkantete Mädel“ Ziele und Einstellung „im Herzen des deutschen Volkes verankern.“ Das muß gelingen, wie die folgenden Proben zeigen werden:

Die Erziehung unseres Franz: „Er (der Vater) ließ den Korridor der Wohnung zu einer Turnhalle ausbauen und engagierte für seine Söhne einen echten, alttönen Unteroffizier, der den kaum den Bindeln entwaundenen Knaben nach altpreussischen Methoden die Knopfen gerade zog und die nach alten Regeln des Reglements einexerzierte. Dieser Unteroffizier hat Franz das Kommandieren beigebracht.“

Wie diese Schule auf das Kind wirkte, wird in einigen weiteren Abschnitten erzählt. Zum Beispiel in dieser: „Schon bei fünfjährigen zeigte ein sehr bemerkenswertes Weisen und hielt auf Formen. Als ich einst ein Kindermädchen vorstellte, das die Mutter für die jüngeren Weider Georg und Eugen annehmen wollte, erklärte Franz: „Wenn Sie mit uns ausgehen wollen, müssen Sie Ihren Hut aufsetzen.“ Der Ton, in dem er das sagte, ließ jedes jeden Widerstand aus dem Kindermädchen mußte nicht.“

Der vierjährige Franz magst das Stützsystem eines Schiffsboots mit und zog als Reingelächter in helle blaue Strümpfchen mit Däumchen und handmalender Feder auf einem Dreifuß in den Festsaal ein. Der Verfasser seiner Biographie zieht daraus in allem Ernst die Folgerung: „Er konnte eben schon damals vorlesen.“

In der Schule zeigte sich Franz nicht besonders, als er bei dem durch alexis Schulbuchreihe, über die der Verfasser ausführlich berichtet. Er vermerkt im Übrigen, daß Franz den „Einführungen“ zweimal machen mußte und so auf auffallendes Talent zum Zeichnen und Malen hatte, daß der Soldat und Politiker Selbe bei entsprechender Ausbildung auch als Maler und Künstler seinen Weg gemacht hätte.“

Dieses Buch ist nicht für Kinder bestimmt, sondern doch wohl in erster Linie für erwachsene Mitglieder des Stahlhelms.

„Erregung“

In Cammin, Vommern, war die offizielle Verfassungsfeier mit der Feier der Domschule zweifach verbunden. Der Landrat lud, entsprechend den Richtlinien, die gesamte Bevölkerung dazu ein. So erschien auch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mit seinen Fahnen. Seniation bei Lehren und Schülern. Einige Schüler lagen, einige Lehrer lagen, und Studentat Masow, dienlich zur Verfassungsfeier anwesend, legt — kein „Stahlhelm“-Abzeichen an. Vom Provinzial-Jugendkongress zur Verfassung aufgeführt, gibt der Studentat an, die „Erregung“ über das unvorhergesehene Erscheinen der Vertreter des Reichsbanners mit „Fahnen“ habe ihn dazu hingeführt. — Ein Schwarzröcherer stellt sich feiner „Erregung“ besser Herr werden können als durch den Griff nach der „Stahlhelm“-Wahle.

Wälsche Bluttaten — und ihre Sühne

Ein unverständliches Urteil.

Vor dem Hamburger Schwurgericht fand die Verhandlung gegen den Nationalsozialistischen Partei angehörenden 20jährigen Robert Gerhold statt, der der Körperverletzung mit tödlichem Ausgang und wegen verbotenen Raufesüßes angeklagt ist.

Es handelt sich um die in der Nacht zum 17. Mai beabsichtigte Mord an dem Reichsbannermann Hermann Heilmann. In dieser Nacht wurden etwa 15 bis 20 Reichsbannerleute von einem Wuppertaler Fanzenkreuzer überfallen. Der Reichsbannerleiter erhielt von hinten einen Schlag über den Kopf. Als daraufhin die Reichsbannerleute gegen den Fanzenkreuzer vorgingen, ergreifen diese nach allen Seiten die Flucht. Einer der Flüchtlinge, der Angeklagte Gerhold, gab mehrere Schüsse ab, wodurch der Reichsbannermann Heilmann einen Kopfschuß erhielt, an dessen Folgen er sechs bis acht Monate später wegen vorläufiger Erziehung und drei Monate Gefängnis wegen vorläufiger Erziehung, weil mildernd wurde die Schuld auf seinen Fanzenkreuzer verlagert, jedoch liegt die Schuld auf seinen Fanzenkreuzer. Das Gericht erkannte übereinstimmend gegen den Angeklagten Gerhold eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten und verurteilte den Angeklagten Gerhold wegen verbotenen Raufesüßes zu einem Jahr Gefängnis. Das Ge-

richt begründete sein Urteil damit, daß sich der Nationalsozialist in Notwehr befinden habe. Wie wir erfahren, werden sowohl der Staatsanwalt als auch der Verteidiger des verurteilten Raufesüßers Berufung gegen dieses Urteil einlegen.

Der Flaggenrevol in Vommern

Strafverfahren und Disziplinarverfahren

Am Verfassungstag bemühte sich in Vommern eine Anzahl von Nationalsozialisten, die zugleich Sozialdemokraten sind, die vorgegebene Verlesung der Fahnen zu sabotieren. Entweder ließen sie die schon aufgezogene Fahne herunterfallen, oder sie saßen die in ihrem Besitz befindliche Fahne nicht heraus, oder sie lehnten die Beschaffung einer solchen überhaupt ab. In Barnitz wurde der Nationalsozialist von Krampe die aufgezogene Reichsfahne wieder heruntergelassen. Der Regierungspräsident in Anklam hat die Vorgänge der Staatsanwaltschaft zur Einleitung von Strafverfahren wegen Verlesung gegen das Reichsbanner und wegen Diebstahls vorgelegt. Ferner wird er, den Ergebnissen der Ermittlungen entsprechend, gegen die beteiligten Beamten in Disziplinarwege vorgehen. — Recht so!

Der Fürstengedanke 1918

So war damals die Adelsgeistesart?

Wir lesen in der „Republik“:

„Anlässlich des Todes des letzten Großherzogs von Baden erschien in einer Reihe baltischer Zeitungen deutscher nationaler Couleur folgende Todesanzeige der Deutschen Adelsgeistesart:

„Großherzog Friedrich von Baden starb. Tieferschütternd stehen wir an der Bahre Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs. Als unfernen er auch den Landesherren waren wir ihm treu geblieben, hatten ihn hochverehrt als das Vorbild echt adeliger Gesinnung und überzeugten Christentums, als das Muster eines von tiefer Liebe und nie rastender Sorge für sein Volk erfüllten Fürsten. Dem Andenken unseres Großherzogs und in diesem dem Fürstengedanken von Gottes Gnaden werden wir unerschütterliche Treue bewahren. Für die Landesabteilung Baden der Deutschen Adelsgeistesart: gez. Freiherr Konrad von Stölggen, 1. Vorsitzender. gez. Freiherr Edgar von Nöbding, 2. Vorsitzender.“

Der verlorbene letzte Großherzog war, — das wird jeder, der ihn gekannt hat, gleichviel welcher Parteirichtung, bestätigen — eine durchaus anständige und achtbare Persönlichkeit, sehr im Gegensatz zu mancher seiner gekürnten Kollegen, denen man ein solch ehrendes Zeugnis vorzuzufügen muß. Aber daß sein Tod zu einem derart — nun, sagen wir einmal — merkwürdigen Trauerbekenntnis zum „Fürstengedanken von Gottes Gnaden“ Anlaß geben konnte, das hat er wirklich nicht verdient. Man darf wohl daran erinnern, daß die hochfeudalen Stützen von Thron und Altar als welche sich die beiden Herren Barone hier der Allgemeinheit empfehlen, immerhin einige Jahre gebraucht haben, um diese ihre „unerschütterliche Treue“ — wiederzufinden. Dem beabsichtigten im November 1918 mochte ihre Treue doch einen gewissen Sinnes bekommen haben; wenigstens hat man nie etwas davon gehört, daß auch nur ein Mitglied dieser feudalen Adelsgeistesart, das damals das sogenannte Ehrenfeld des Offiziers trug, einen Ähnliches gleich für seinen großherzoglichen Herrn manhaft eingetreten wäre. Ludwig Hans mußte mit eifriger Keulen vom Arbeiter- und Soldatenrat der großherzoglichen Familie den Schuh gewaschen, den jene anderen ihr verlagten. Keiner der unzähligen adeligen Offiziere in starkem Maße hat sich in jenen Tagen, da es in den Straßen knalte, feiner „unerschütterlichen Treue“ zu erinnern gewagt. Sie zogen es vor, anstatt für die Monarchie zu sterben, lieber in der Republik zu leben, und nachdem diese Republik in zehn Jahren schweren Aufwands wieder allmählich für Ruhe und Sicherheit gesorgt hat, da finden sie die hart erfüllte Treue wieder und preisen sie als „unerschütterlich“ von neuem an. Jeder kann sich der verlorbene Großherzog jetzt nicht mehr dafür bedanken.“

Proseß in Paris.

Die Straftat, die am 12. März dieses Jahres, wie erinnerlich, in Paris im Anschluß an die großen Demonstrationen des Landsturms stattfand, und bei denen es zu erheblichen Ausfährungen gegen das dortige Finanzamt kam, werden jetzt ihr gerechtes Nachspiel finden. Der Vorsitzende des Schöffengerichts Privalval hat die Hauptverhandlung am 23. Oktober anberaumt. Die Verhandlung wird in dem Gasthaus „Deutsches Haus“ in Paris stattfinden und voraussichtlich bis zum 1. November dauern.

Beamtenfragen

Beamtenchaft und Einzelhandel

Der dem Einzelhandeltag in Braunschweig erstattete Geschäftsbericht des Einzelhandelsbundes Niederjahren beschäftigt sich u. a. auch mit der Frage gegen den Einzelhandel aus Anlaß der letzten Erhöhung der Beamtenbeholdungen. Gegen diese Frage hat sich damals die demokratische Partei und haben sich insbesondere der Preussische Minister für Handel und Gewerbe, Dr. Seydewitz, sowie der Landtagsabgeordnete Varel-Hannover mit allem Nachdruck gewandt, wolle sie, die Tendenz dieser Frage erkennend, unter keinen Umständen eine solche Meinung aufkommen lassen wollen und wolle sie es verhindern wollen, daß durch eine solche Frage ein fühlbarer Gegensatz zwischen Beamtenchaft und gewerblichem Mittelstand geschaffen wurde. Der Geschäftsbericht führt über diese Frage u. a. aus:

„Ein Guttes hat allerdings diese Frage gehabt: sie führte zu einer Billigungsname zwischen den Stützverbänden des Einzelhandels und der Beamtenchaft und in Verfolg dessen zu bedauerlich erprobter Zusammenarbeit auch in den verschiedenen Wirtschaftszweigen und einzelnen Orten zwischen Beamtenchaft und Einzelhandel. Diese Billigungsname wird auszubauen sein insbesondere in der Richtung gemeinsamer Befähigung gesetzlicher Maßnahmen und Unternehmungen, die darauf ausgehen, die Beamtenchaft in zurech-

mendem Maße zu verhalten und damit deren wirtschaftliche Lage zu verbessern.“

An anderer Stelle wird in dem Geschäftsbericht darauf hingewiesen, daß sich erfindenweise die Beamten selbst gegen den Einzelhandel in den Betrieben wehren und daß die Beamten vielfach die Einzelhandelsverbände anrufen und um Schutz bitten.

Man erieht hieraus, daß zwischen Beamtenchaft und gewerblichem Mittelstand durchaus eine innere Gegenseitigkeit besteht und daß ein gewisses Zusammenarbeiten möglich ist, wenn eine verständige Billigungsname erfolgt. Die Gegenseitigkeit werden nur von Gegern und klassenmäßigen Organisationen, wie von der Wirtschaftspartei, aufgeworfen, die die Bevölkerung durch die Art ihres stampfes nur zerritt und zerstückelt. Auf Grund dieser Tatsachen sollte der gewerbliche Mittelstand vielmehr erkennen, wo seine wirklichen Interessen liegen und vertreten werden. Gerade er hat ein Interesse an einer Verständigung und an einer Lieberbrüder der Gegenseite, wie sie von der Wirtschaftspartei verhindert werden.

Rechts- und Steuerfragen

Aufwertungsfrist einer privaten Sparkasse

Die Schuldner, eine private Sparkasse, verweigert die Aufwertung eines bei ihr eingezahlten Sparguthabens unter Berufung auf § 66 Abs. 1 AufwG. Das Kammergericht hat die Aufwertbarkeit grundsätzlich bejaht. Sie hängt davon ab, ob die Antragsgegnerin „das Geld vereinbarungsgemäß in aufgewerteten Vermögensgegenständen anzulegen“ hatte (§ 66 Abs. 1 AufwG). Dies ist zu bejahen. Die Vereinbarung der Anlage braucht nicht durch einen besonderen ausdrücklichen Vertrag getroffen zu werden; sie kann auch stillschweigend erfolgen und aus den Umständen des Falles zu entnehmen sein. Hier ist die aus den der Zahlung der Sparkasse abzuleiten, die zum Inhalt des Vertrages zu rechnen ist. Das hier ist der Gegenstand des Unternehmens der „Betrieb eines Sparkassen- und Darlehensgeschäfts, um Gelegenheit für zinsbaren Verlegung von Ersparnissen und zur Erlangung von Darlehen gegen Sicherheit zu geben.“ Das Geld ist nicht darin auszuliegen, daß die Vermögensgegenstände zur Zeit der Einzahlung aufgewertet sein mußten. Es besteht die Möglichkeit auch auf Bereicherungen aus einer Zeit, in der an eine Aufwertung nicht zu denken war. Es ist deshalb so zu verstehen, daß die Anlage in aufwertbaren Vermögensgegenständen zu erfolgen hat. Nach diesem Grundgesetz ist in der Vereinbarung der Anlage der Sparkager in Darlehen die Vereinbarung der Anlage in aufgewerteten Vermögensgegenständen zu sehen. Es hätte nicht genügt, wenn es der Antragsgegnerin nur festgehalten hätte, die Sparkager in Darlehen anzulegen. Nur die Verpflichtung hierzu genügt. Eine solche aber ist in der Satzungsbestimmung zu erblicken. Auch die bloße Tatsache, daß die Antragsgegnerin die Sparkager in aufgewerteten Vermögensgegenständen angesetzt hat und hieraus rund 30 000 RM Aufwertung erhalten hat, würde nicht ausreichen. Die Aufwertungsfrist beruht allein auf der vertraglich übernommenen Verpflichtung zur Anlage der Sparkager in aufwertungsgegenständen, gleichviel, ob die Anlage auch tatsächlich vertragsgemäß erfolgt ist oder nicht. Unterliegt wird diese Auslegung noch durch die Geschäftsordnung der Antragsgegnerin, nach der die Sparkager in Darlehen gegen Sicherheit durch Hypotheken, Pfand- oder Wechsel mit drei Unterpfändern anzulegen waren. Da auch die Wechsel nur erfüllungshalber hingenommen werden durften, entfiel jedesmal eine aufwertungsgegenstände Darlehensforderung.

(Schluß des 9. Senats des Kammergerichts vom 13. September 1928. — 9. W. 393/28.)

Wucherische Ladenmiete

Ein Urteil des Reichsgerichts.

Ein Berliner Hausbesitzer hat Ende 1925 für einen Laden mit Nebenraum 2004 RM jährliche Miete gefordert, während die Friedensmiete nur 1200 RM betrug. Nachdem der Mieter die Mietzahlung für mehrere Monate schuldig gelassen und den Laden geräumt hatte, trat der Hausbesitzer mit zwei Interessen in Verbindung, von denen er ebenfalls wesentlich höhere Beträge als die Friedensmiete forderte. Mit einem konstanten V, der in dem Laden ein Schaufenster eröffnen wollte, vereinbarte er dann eine jährliche Miete von 1500 RM auf drei Jahre fest, wobei die Zahlung einer einmaligen Vergütung von 1800 RM für rickfällige Miete des Vermieters und andere bare Auslagen. Die Vergütung zahlte der Mieter mit 1000 RM bei Abschluß des Mietvertrages, die Restsumme sollte in monatlichen Ratenzahlungen gefügt werden. Das neu eröffnete Geschäft forierte jedoch nicht und der Mieter kam mit den Miet- und Ratenzahlungen in Rückstand.

Dieser Sachverhalt führte vor dem Landgericht 3 Berufung zur Beurteilung des Hausbesitzers gegen den Mieter in drei Fällen. Das Gericht ist der Auffassung, daß der Angeklagte in allen drei Fällen bei der Vermietung desselben Ladens davon ausging, sich wucherische Vorteile zu verschaffen. Die Annahme des Angeklagten, daß er die durch den früheren Mieter erlittenen Einbußen habe auf den Mietpreis umlegen dürfen, ist unzutreffend. Es geht nicht an, daß ein Vermieter sich für die durch einen Mieter erlittenen Verluste an einem anderen Mieter schadlos halte. Das Gericht erlittete durch einen Verlust gegen § 4 der Preisbreitervorbereitung (die zur Zeit der Tat noch Geltung hatte) wie auch einen Verlust gegen § 49a des Mietvertragsgesetzes und verurteilte den Angeklagten.

Die Beurteilung wurde unter Vermierung der Revision des Angeklagten vom 2. Strafsenat des Reichsgerichts mit folgender Begründung bekräftigt: Das Reichsgericht ist der Auffassung, daß grundsätzlich die Entfallung von Mietausfällen in den Mietpreis nicht unzulässig ist. Doch darf dieser Mietausfall nicht einem einzelnen Mieter zur Tragung auferlegt werden. Vor allen Dingen darf die Mietforderung gegenüber dem wirklichen Wert der Räume nicht unangemessen sein. Eine solche Unangemessenheit der Mietpreisforderung aber ist im vorliegenden Falle vom Landgericht festgelegt worden.

Leichte Besserung der Junglehrernot

Nach 17 000 heillosen Junglehrern in Preußen.
Das preussische Kultusministerium hat dem Landtage eine Leberfrist über die Zahl der heillosen Schulamtsbewerber nach dem Stande vom 15. Mai 1928 zugehen lassen. Nach dieser Leberfrist bestehen in Preußen unbeschädigt 109 000 Lehrer- und Lehrermittelstellen. Diese Beschäftigung im Schuldienst vertrieben 16 710 Bewerber, (gegen fast 21 000 am 15. September 1927).

Wenn auch gewisse Anzeichen dafür sprechen, daß die seit 1927 eingetretene Besserung auch in den folgenden Jahren anhalten wird, so bleibt doch das Problem ernst genug. Doch fast 17 000 Junglehrer heillos sind, ist eine erschütternde Tatsache. Außerdem werden die heillosen Junglehrer immer älter und ihrem eigentlichen Beruf fremder. Der preussische Staat hat 1928 für Hilfslehrerstellen 5,4 Millionen Reichsmark und als Fortbildungszuschüsse 4,5 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt. Der Landtag muß auch für 1929 die gleichen Beträge beschließen.

Da die Verhältnisse in den einzelnen Regierungsbezirken sehr verschieden sind, hat der Kultusminister vor kurzem einen Ausgleich innerhalb des ganzen Landes angeordnet.

Soziales

Kaufmännischer Stellenmarkt im September

Der kaufmännische Stellenmarkt wies im September gegenüber dem Vormonat einen erhöhten Zugang an Bewerbungen auf, der durch die zum 1. Oktober ausgesprochenen Änderungen bedingt wurde. Wie aus die Stellensuchermittlung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (GdA) mittels, liegt die Zahl der neu angemeldeten Bewerber gegenüber August um weitere 15 Prozent; die Zahl der Stellenmeldung erreichte die gleiche Höhe des Vormonats. Die Zahl der insgesamt heillosen Angestellten in Deutschland ist mit rund 160 000 immer noch so hoch wie zum Beginn des Jahres. Das beweist, daß den erfolgten Klärungen wohl entsprechende Vermittlungen gegenüberliegen, daß jedoch der Zugang an offenen Stellen nicht ein Maß erreicht, durch das auf dem Stellenmarkt für Angestellte die gleiche Entlastung möglich wäre wie auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Gerade für die Angestelltenhaft wirkt sich die Lage der verschiedensten Zweige von Handel und Industrie im einzelnen sehr stark aus, so daß weder eine allgemeine Besserung noch eine allgemeine Verschlechterung festzustellen ist. Das Bedauerliche ist die unbertinigte Höhe der Stellenlosen, die zum großen Teil aus der Arbeitslosenversicherung ausgesondert sind.

Wer will die Erhöhung der Pflichtversicherungs-grenze für die Angestelltenversicherung?

Die erfolgte Heraussetzung der Pflichtversicherungs-grenze in der Angestellten-Versicherung gab der Presse verschiedenartigsten Anlaß, in Zweifel zu stellen, ob die Mehrheit der Angestelltenhaft mit dieser Maßnahme einverstanden ist.

Der Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten (WBV) kann hierzu mitteilen, daß die Heraussetzung der Pflichtgrenze nicht nur die volle Zustimmung der gesamten Angestellten, auch der, welche die höchsten leitenden Stellen bekleiden, gefunden hat, sondern daß darüber hinaus die Angestelltenhaft die volle Beistimmung der Versicherungsgrenze energisch fordert. Der Beweis hierfür dürfte allein schon durch die 1927 erfolgten Wahlen zu den Vertrauensmännern der Angestelltenversicherung erbracht sein. Deutlich war anlässlich dieser Wahlen als einer der Hauptprogramm-Punkte von allen Verbänden die Forderung der vollen Beistimmung der Versicherungsgrenze aufgestellt. Die Listen dieser Verbände wurden gewöhnlich von 960 337 Angestellten, also von fast einer Million Wählern. Diese Zahl stellt unbertinigt die überwiegende Mehrheit der wahlberechtigten Wähler dar.

Mit welcher Beistimmung der Versicherungsgrenze wäre nicht nur der Gesamteinheit der Angestellten gebiert, da dann dem Zustande ein Ende gemacht wird, daß sich viele nach Überwindung der Versicherungsgrenze durch Kleben von nur vier Marken im Jahre Leistungen sichern, die durch regelmäßige monatliche Beitragsverträge der Gesamtheit überhaupt erst möglich werden, sondern auch für den Einzelnen ist die Erhöhung von unfähigstem Vorteil; gewährleistet ihm doch die Versicherungspflicht eine höhere Rente für die Zeit der Berufsunfähigkeit bzw. des Alters.

R. U. W.

Eine „Reichs-Unfallverfütungs-Woche“ (R.U.W.) wird in der letzten Januarwoche (20. bis 26.) vom Verbande der Deutschen Berufsorganisationen mit dem Verband der landwirtschaftlichen Berufsorganisationen, denen gegenseitig die Sorge für die Unfall-Versicherung obliegt, und unter Mitarbeit sämtlicher daran interessierter Verbände, Organisationen und Verbände veranstaltet. Insbesondere hat der Reichsausschuß für Hygienische Volksbelehrung seine Mitarbeit und seine Erfahrungen in den Dienst der Sache gestellt. Das Ziel der R.U.W. ist, durch eine großartige Aufklärungsaktion unter den Arbeitern und Angestellten und im allgemeinen Laienpublikum, speziell auch in den Schulen, Verhältnissen für die Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Unfallverfütung zu weiden und dadurch die immer noch erschreckend hohen Unfallziffern in den gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben, den öffentlichen Verkehrsmitteln sowie im Straßenverkehr herabzumindern.

Während der R.U.W. sind in möglichst allen gewerblichen Betrieben und industriellen Unternehmungen Vorträge für die Arbeiter, Angestellten, Betriebsleiter, Betriebsräte usw. geplant. Vorträge, aber allgemeiner gehaltenen Vorträge sollen für die Öffentlichkeit veranstaltet werden. Weiterhin kommen die Fortbildungs- und Gewerkschaften in hohem Maße für die Auswirkung der R.U.W. in Betracht. Auch an sämtlichen Schulen besteht vielfach die Möglichkeit, ohne Störung des Stundenplanes in dem laufenden Schulbetrieb händige Stimmchen auf die Unfallverfütung

zu ge. er. Presse, Rundfunk und Kintheater sollen, soweit irgendmöglich, für die benötigte Propaganda gewonnen werden. Ein besonderes Plakat wird für die R.U.W. geschaffen, das in Hunderttausenden von Exemplaren überall aus-hängen soll.

Die Eisenbahn sowie alle Verkehrsunternehmungen haben ein Interesse an der Verhütung von Unfallsfällen. Ganz besonders gilt dies auch für Automobilfahrer. Durch Preisausfütren soll auch möglichst viel praktische Arbeit geleistet und manche Gefahrenquelle verpöht werden, indem überall öffentlich zur Aufhebung und Verfestigung von Unfallmöglichkeiten aufgerufen und die Mitarbeit durch Prämien angeregt wird. Rabe bewandt ist das Gebiet der ersten Hilfe bei Unfallsfällen, das gleichfalls in dem Bereich der Propagandamittel der R.U.W. einbezogen wird. Veranstaltungen der Feuerwehren, des Roten Kreuzes, des Arbeiter-Samariterbundes usw. können die dringlichen Veranstaltungen werden. Ferner können sich alle Sport- und Jugendverbände entsprechend betätigen und speziell das Rettungsschwimmen propagieren.

Bezirk Halle

Bezirksvertretertag Halle-Merseburg

In Anwesenheit von Minister Dr. Schreiber fand am 30. September eine von den Kreisorganisationen sehr stark besuchte Tagung statt. Die Verhandlungen, die der erste Vorsitzende, Direktor Renner, leitete, betrafen in der Hauptsache die Stellung der Partei zu den bevorstehenden Provinziallandtags-, Kreis- und Gemeindevahlen. Die Vertreter der einzelnen Kreisorganisationen legen dabei die bei ihnen unter Anpassung an die örtlichen Verhältnisse beschaffte Marführung der Partei bei Aufstellung der Kandidatenlisten dar. Für die Provinziallandtagswahl wurde von der Aufstellung einer gemeinschaftlichen Liste für den gesamten Regierungsbezirk Abhand genommen. Die einzelnen Kreisorganisationen werden vielmehr selbständige Kandidatenlisten, die durch ein gemeinschaftliches Partei-Kennwort untereinander verbunden sind, aufstellen. Um die zahlenmäßig schwächeren Kreise zu unterstützen, werden mit den zahlenmäßig stärkeren Kreisen Vereinbarungen getroffen, die durch Aufnahme von Spitzenkandidaten der schwächeren Kreise einen Ausgleich herbeiführen. In Aussicht genommen ist ferner, daß mehrere kleinere Kreise eine gemeinschaftliche Liste aufstellen und so, selbstverständlich unter dem Partei-Kennwort, eine Unterbindung miteinander eingehen. Auch für die Kreiswahlen ergaben die Erklärungen der Mehrheit der Kreisvertreter den Willen, mit eigenen demokratischen Listen in den Wahlkampf einzutreten. Die gleiche Absicht berstet bei einer Anzahl Kreisorganisationen gegenüber den Gemeindevahlen vor. Es sind hier allerdings die bisher stattgehabten Verhandlungen vielfach noch in der Schwebe, so daß ein abschließendes Bild zurzeit noch nicht gegeben werden kann.

Die an die Berichte der Kreisvertreter anschließende Aussprache war eine in alle Einzelheiten eingehende. Sie wurde durch sehr interessante Darlegungen von Minister Dr. Schreiber über die jetzige politische Lage unterbrochen und nach der Mittagspause fortgesetzt. Sie führte zu dem Ergebnis, daß die Vertreter der zahlenmäßig stärkeren Kreise sich bei einer Rückfrage mit ihren Vorständen dafür einsetzen werden, Spitzenkandidaten schwächerer Kreise auf ihren Kandidatenlisten mit aufzunehmen.

Bei der Aussprache über Organisationsfragen fand ein Antrag der Halleischen Frauengruppe, „In jedem Ortsgruppenvorstand muß eine Frau Sitz und Stimme haben“ einstimmige Annahme.

Ein Antrag Weihenfels, „Die Tagungen des Bezirksverbandes örtlich wechseln zu lassen und die nächste Tagung in Weihenfels abzuhalten“, wurde mit der Einschränkung angenommen, den Wechsel des Tagungsortes nur dann einzutreten zu lassen, wenn es sich um weniger wichtige Angelegenheiten des Bezirksverbandes handelt.

Die Mitteilung, der geschäftsführende Vorstand beabsichtigt neben dem in Halle bestehenden Generalsekretariat die Anstellung eines zweiten Parteifreidars, nahm die Versammlung mit Interesse entgegen. Die Wöbung der Personfrage wurde dem geschäftsführenden Vorstand überlassen.

Die Versammlung, die vor Eintritt in die Tagesordnung in ebender Weise der vorhergehenden Mitglieder Ratus und Aubig gedachte, fand in den Abendstunden ihren Abschluß.

Kommunistisches Volksbegehren

Die kommunistische Partei hat bekanntlich im Reichstag den Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens eingebracht und dieses Volksbegehren auf die gesetzliche Formel gebracht, „Der Bau von Panzerschiffen und Kreuzern jeder Art ist verboten“. Um den vorgelegten Gesentwurf vor den Reichstag zu bringen, dazu bedarf das Volksbegehren einer Unterschriftenziffer von etwa 3,125 Millionen, nämlich ein Zehntel der Stimmberechtigten vom 20. Mai. Wird diese Ziffer erreicht, dann kommt der kommunistische Gesentwurf an den Reichstag, dort wird er abgelehnt und muß deshalb dem ganzen Volke zur Entscheidung vorgelegt werden. Durch den Volksentscheid aber kann ein Beschluß des Reichstags nur dann außer Kraft gesetzt werden, wenn sich die Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligt und für den vom Reichstag abgelehnten Gesentwurf stimmt. Dazu müßten 20,6 Millionen Wähler beim Volksentscheid an die Urne gehen und mit „ja“ stimmen.

Kann man damit rechnen?

Die Antwort ist ein glattes „Nein“. Denn zunächst gilt das Gesetz über den Volksentscheid allen Gegnern des kommunistischen Vorgehens, und als solche find wohl zunächst die Anhänger der Reichsparteien ohne Ausnahme anzupprechen, den besandenen Weg der Stimmenthaltung frei. Außerdem hat aber auch die Sozialdemokratische Partei offiziell Parole schon gegen das von den Kommunisten beantragte Volksbegehren ausgegeben. Und die Demokraten werden

gleichfalls nicht für einen so unsinnigen Vorschlag wie der stammunften eintreten. Betrachtet man nämlich die Dinge rein objektiv, tritt

die Unethizität des kommunistischen Vorgehens

schon dadurch zutage, daß die Kommunisten für Außen-Deer und Interie sanftlich verteidigen, in Deutschland si aber als grundsätzliche Postizisten aufspielen wollen. Dem gilt bekanntlich am dem Wege zur Weltrevolution jed Mittel als erlaubt. Und die ganze von ihnen eingeleitete Aktion, begimend mit dem Volksbegehren, dient ihnen zunächst lediglich als Waffe zur

Förderung ihrer kommunistischen Partiziele

mit dem Grundfatz: „Je mehr es wirtschaftlich und politisch drüber geht, desto lebhafter plätschert die kommunistische Agitation.“ In zweiter Linie wollen sie natürlich durch ihr Auftreten die benachteiligte sozialdemokratische Partei von innen ausschließen.

Welcher Volksgemeinschaft kann ein Interesse daran haben diese kommunistischen Absichten stillzustellen zu helfen. Wäre wirklich das Volksbegehren sachlich so ausfütig, wie es ausfütiglos ist, dann wäre es mit einer offensichtlich damit verbundenen Förderung der kommunistischen Unparzizität und der Erziehung einer unter Weihenfels von Grund auf gerichtenden Diktatur für die deutsche Volk viel zu teuer erlaubt.

Der geschäftsführende Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei im Regierungsbezirk Merseburg gibt allen Mitgliedern und Bekannungsfreunden den dringlichen Rat, der Einzeichnung in die Listen zum Volksbegehren, die jetzt zur Auflegung gelangen fernzuhalten. Dasselbe Verhalten ist bei einem späteren Volksentscheid einzuhalten, oder (im Falle der Stimmbahge) gegen den Gesentwurf des Volksbegehrens mit „Nein“ zu stimmen.

Bezirksfrauengruppe

Die Zusammenkunft von Vertrauensfrauen mit den Mitgliedern der demokratischen Frauengruppe von Halle fand am 26. September in der Weihenfels statt. Weihenfels, Raumburg, Luerfurt, Wittefeld und Rammelsburg waren, teils durch mehrere Mitglieder vertreten. Die Versammlung verlief angeregt und harmonisch. Es konnten praktische Fragen der Organisationsbesprochen werden und Anregungen mit nach Hause genommen werden. An Stelle des dienstlich verhinderten Kreisleiters Dr. Stungen sprachen Frau Ehrlich und Frau Wolff über ihre Eindrücke bei der Dresdener Vertrauensfrauen Tagung.

Es muß nach neuen Statuten in jedem Jahresheft jährlich mindestens ein Frauen tag abgehalten werden. Deshalb ist der Ausbau der Frauenorganisationen dringlich und wünschenswert. Die Adresse neuer Vertrauensfrauen nimmt die Hauptvertrauensfrau des Bezirks, Frau Jem Wolff, Richard-Wagner-Straße 33, gern entgegen.

Halle. Friedrich-Raumann-Bund.

Am 2. September sprach Herr Dir. Renner über „Preußliche Verwaltung und Verwaltungsreform“. Im Hand von Bild bildern legte er die manchmal sehr schwierigen Wege der staatlichen Verwaltung dar und im Gegensatz dazu die städtische Selbstverwaltung. Nach der Forderung einer zielebendigen Verwaltungsreform betonte der Redner besonders die Bedeutung der kommenden Kommunalwahlen. Anzuziehen Bewußt sein unter den geschäftlichen Mittelungen auch das Winterprogramm verlesen, das mit voller Befriedigung aufgenommen wurde.

Halle. Hauptversammlung der Deutsche Friedensgesellschaft G. B.

Am 25. September fand eine sehr besuchte außerordentliche Hauptversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft G. B., Ortsgruppe Halle statt. Der bisherige erste Vorsitzende, Landtagsabgeordnete Alex Müller, mußte infolge Überarbeitung zurücktreten. Dem bisherigen Vorstand und der Kassiererin wurde ein stimmig für die geleistete Arbeit gedankt und Entlassung erteilt. Der mit allen Stimmen gewählte neue Gesamtvorstand besteht aus: Kubitz, 1. Vorsitzender; Klemm, 2. Schriftführer; Stannarius, 1. Schriftführer; Wege, 2. Schriftführer; Vork, 1. Kassierer; Frau Hedler, 2. Kassierer; Frau Brauer, Schularb und Müdig als Beisitzer. — Generalsekretär Gerhard Seger sprach über „Panzerkreuzer — Kriegsachtung — Friedensbewegung“. — Auch die hiesigen Postizisten protestieren gegen den Panzerkreuzerbau und übermitteln der Zentrale eine entsprechende Entschöpfung zur Behandlung auf dem „Deutschen Friedenstag“, der in Nürnberg vom 5. bis 7. Oktober stattfindet. Für den 5. November 1928 wurde eine öffentliche Kundgebung mit General a. D. Dr. h. c. Freiherr von Schöen als Festleget.

Witterfeld. Ein Kreisparteitag findet am Sonntag, dem 7. Oktober, nachmittags 1.30 Uhr, im „Deutschen Kaiser“ (Schöne), Nismarktstraße 16, statt. Tagesordnung: 1. Bericht über die Bezirksvorstandssitzung in Halle 2. Aufstellung der Kandidatenlisten für den Kreisstag. 3. Nennung der Kandidaten für die Provinziallandtagswahl. Um recht zahlreichen Besuch der Sitzung bittet der Vorstand.

Bildfunk

Wie lange wird es noch dauern, bis in jedem Heim /... heute ein Radio-Empfänger / auch der Bildfunk-Apparat liegt, der durch drahtlose Bild-Übertragung erst die technische Vollendung des Rundfunks bringt? Über alle Fortschritte auf diesem Gebiet wie auch über viele andere interessante Dinge erzählt die verständlich die größte Funkzeitung ist Der Deutsche Rundfunk, der überdies allwöchentlich familiäre ausführliche Programme aller in- und ausländischen Sender bringt

Einzelheft 20 Pf. - Monatsheft 2 M. 20. - Man bestellt am besten beim Postamt oder bei einer Buchhandlung. - Probeheft gratis anfordern vom Verlag, Berlin N 24

Verantwortlich: Johannes Dorndahl, Halle. Druck: Buchdruckerei Weniger & Co., G. m. b. H., Zeilstraße 9.

